



HESSISCHER LANDTAG

15. 05. 2012

*Dem
Innenausschuss
überwiesen*

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kampf gegen Rechtsextremisten konsequent weiterführen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag verurteilt die in der Vergangenheit bekannt gewordenen rechtsextremistischen Verbrechen. Das Entsetzen über die bisher bekannt gewordenen Taten stärkt uns in dem Willen, weiterhin entschlossen gegen rechtsextremistische Gewalt vorzugehen und die wehrhafte Demokratie zu stärken.
2. Der Hessische Landtag begrüßt, dass das Land Hessen intensiv im Kampf gegen Rechtsextremismus engagiert ist. Die zahlreichen Programme der Landesregierungen und Bundesregierungen tragen dazu bei, dass in Hessen rechten Gewalttätern, der Verfestigung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entgegengewirkt wird. Hierzu zählen das Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus (Korex), die Ausstiegshilfe bei Rechtsextremismus (Ikarus) und das "beratungsNetzwerk Hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus" unter Einbeziehung zahlreicher staatlicher Institutionen sowie öffentlicher und freier Träger. Auch das Modellprojekt "Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg" gegen Rechtsextremismus sowie zahlreiche Projekte im Rahmen von Lokalen Aktionsplänen (LAP), die durch das Programm "TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN" gefördert werden und durch die zuständigen Polizeidienststellen vor Ort beratend begleitet werden, leisten einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen rechte Gewalt. Einer Verankerung von extremistischem und menschenfeindlichem Gedankengut kann vor allem durch starke, lokale Initiativen begegnet werden, die durch ihr eindeutiges Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat und konsequentes Auftreten gegenüber Rechtsextremisten diesen den Nährboden entziehen.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die bestehenden Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus im Rahmen eines übergreifenden Landesprogramms zu koordinieren, um den vorhandenen Sachverstand und das demokratische Engagement zu bündeln sowie den gemeinsamen Kampf gegen Rechtsextremismus insgesamt effektiver zu gestalten.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass nur konkrete Maßnahmen zu konkreten Erfolgen gegen "rechts" führen werden.
 - a) Das bedeutet insbesondere für das "Beratungsnetzwerk Hessen", dass es damit beauftragt werden muss, eine umfassende Analyse der rechtsextremen Szene in ganz Hessen durchzuführen. Die Ergebnisse müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Entsprechende Mittel und der Zugang zu Informationen, um diese Recherche zu ermöglichen, sind von der Landesregierung bereitzustellen.

- b) Das bedeutet insbesondere für das hessische Aussteigerprogramm, dass dies einer Aufgabenkritik zu unterziehen ist. Die enge Verzahnung mit den Ermittlungsbehörden kann dazu führen, dass sich Ausstiegswillige nicht an diese Stelle wenden. Daher ist zu überprüfen, inwieweit das Aussteigerprogramm von diesen abgekoppelt werden kann. Die Ermittlungsbehörden sollten lediglich mögliche Kandidaten vermitteln und bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten für bedrohte Aussteiger mithelfen.
5. Der Hessische Landtag stellt fest, dass in Hessen die Zahl der Gewaltdelikte im Bereich der politisch motivierten Kriminalität insgesamt signifikant zurückgegangen ist. Hessen liegt damit auf den Spitzenplätzen im Vergleich mit anderen Bundesländern. Insbesondere auch im Kampf gegen rechtsextremistische Gewalttaten liegt das Land auf den vorderen Plätzen. Hessen gehört damit zu den Bundesländern mit den niedrigsten Belastungen von extremistisch motivierten Straftaten und Gewalttaten.
6. Der Landtag bittet die Landesregierung zu prüfen, wie die derzeitige Erfassung und Kategorisierung von Straftaten im Rahmen der Kriminalstatistik weiter verbessert werden kann, um einen möglichen extremistischen Hintergrund künftig noch besser zu erfassen. Deshalb müssen die Erfassungs- und Bewertungskriterien von rechtsextremen Straftaten überprüft werden. Die Ermittlungsbehörden sind dazu angehalten, rechtsextreme Straftaten grundsätzlich zu veröffentlichen.
7. Beratung und Hilfe für Opfer extremistischer Gewalt bleiben in Ergänzung der bestehenden Maßnahmen zur Rechtsextremismusbekämpfung weiterhin unerlässlich. Der Landtag erkennt die Leistungen der Vielzahl an ehrenamtlich tätigen und vom Land jährlich mit ca. 660.000 € geförderten Opferschutzvereine auf diesem Gebiet ausdrücklich an und setzt sich für die Beibehaltung dieser Strukturen ein. Darüber hinaus darf es in Hessen nicht mehr passieren, dass Ermittlungsbehörden öffentlich den Opfern eine Teilschuld zuweisen; denn dies führt dazu, dass andere Opfer den Gang zur Polizei scheuen werden. Deshalb ist zu erreichen, dass Polizeibeamtinnen und -beamte im Umgang mit Opfern rechtsextremistischer Angriffe in besonderer Weise geschult werden.
8. Der Hessische Landtag ist der Auffassung, dass eine fundierte wissenschaftliche Analyse aller Erscheinungsformen des Rechtsextremismus erforderlich ist, um auf gesicherter Grundlage staatliches Handeln in der Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten kontinuierlich und zielgerichtet fortzuentwickeln. Dabei ist es auch erforderlich, dass die immer noch bei der Exekutive vorherrschende Extremismustheorie durch ein wissenschaftlich fundiertes und differenziertes Bild rechter und linker Tendenzen ersetzt werden muss, um diese und andere Extremismusformen adäquat bewerten zu können.
9. Der Hessische Landtag sieht in einer konsequent an den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung orientierten Schulbildung einen entscheidenden Beitrag zur Verstetigung demokratischer Grundwerte und zur Prävention des Abrutschens junger Menschen in extremistische Szenekreise. Hierzu ist erforderlich, dass auch Lehrerinnen und Lehrer das nötige pädagogische Handwerkszeug bekommen, um Freiheit und Demokratie gegenüber den Schülerinnen und Schülern überzeugend zu vermitteln. Der Hessische Landtag ist deshalb der Auffassung, dass ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus insbesondere folgende bildungspolitischen Inhalte haben muss:
- a) Im Rahmen einer Bildungsinitiative für demokratisches Bewusstsein müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Demokratie und das Verständnis für seine Mitmenschen erlernt und erfahren werden. Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich:
- b) Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern muss in den Bereichen Menschenrechtsbildung, interkulturelle Kompetenz und Demokratievermittlung

lung verstärkt werden. Frühes Erkennen rechtsextremer Tendenzen und die Möglichkeiten zum Gegensteuern müssen Bestandteil der Ausbildung sein.

- c) Politik- und Geschichtsunterricht an Schulen müssen das Ziel verfolgen, über die Ursachen von Rechtsextremismus aufzuklären. Dabei müssen verstärkt rechtsextreme Einstellungen aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden.
- d) Im Unterricht muss zusätzlich mehr Raum geschaffen werden, um mit den Schülerinnen und Schülern die Themen aus dem Komplex der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (z.B. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie und Sexismus) zu reflektieren.
- e) Die Hessische Landesregierung sorgt für echte demokratische Teilhabe in der Schule und nicht zuletzt im Unterricht. Wenn junge Menschen erfahren, dass demokratische Teilhabe und die damit verbundenen Umgangsformen ihr direktes Lebensumfeld positiv gestalten können, werden sie sich viel einfacher für eine demokratische Ordnung begeistern.

10. Auch künftig darf es bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus kein Nachlassen geben. Rechtsextremistisches Gedankengut ist eine Bedrohung unserer Werte und unserer Demokratie. Der Hessische Landtag hält es daher für erforderlich, dass der Extremismusbegriff differenziert definiert werden muss; denn insbesondere Rechts- und Linksextremismus sind nicht vergleichbar. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert:

- a) davon Abstand zu nehmen, rechts- und linksmotivierte Straftaten gegeneinander aufzurechnen; diese Relativierung von rechter Gewalt ist mehr denn je unangebracht und falsch;
- b) sich aktiv für eine Abschaffung der Extremismusklausel auf Bundesebene einsetzen.

Wiesbaden, 15. Mai 2012

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Al-Wazir